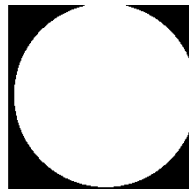


D

V



P

W

“Wir haben die Wahl!

Politik in Zeiten von Unsicherheit und Autokratisierung”

28. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft,

14.-16. September 2021

Anmeldung: <https://web-eur.event.com/event/7cba0d68-11a3-49be-add2-cd6c6dac2676/summary>

Programm mit Unterstützung der Sektion Politikwissenschaft und
Politische Bildung

Übersicht

Dienstag 14.09.2021

14:30 – 16:00 Uhr Politisches Wissen, Demokratieentwicklung und politische Bildung

16:30 – 18:00 Uhr Citizenship policies and citizenship education in times of uncertainty

Mittwoch 15.09.2021

09:00 – 10:30 Uhr "Und es hat Zoom gemacht" - Lehre in Zeiten von Unsicherheit und Digitalisierung

14:30 – 16:00 Uhr Demokratische Konfliktfähigkeit - Aufgaben politischer Bildung in unsicheren Zeiten (I)

16:30 – 18:00 Uhr Demokratische Konfliktfähigkeit - Aufgaben politischer Bildung in unsicheren Zeiten (II)

Donnerstag 16.09.2021

14:30 – 16:00 Uhr Verantwortung und keine Wahl? Erwartungen an junge Menschen und deren (reale) Artikulationschancen

14:30- 16:00 Uhr Zeit sozialwissenschaftlicher Wahrheit? Legitimations-(Ver-)Handlungen in Bildung und Schule

DiD25| Politisches Wissen, Demokratieentwicklung und politische Bildung

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Andrea Szukala (Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster), Prof. Dr. Marc Partetzke (Universität Hildesheim)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politikwissenschaft und Politische Bildung“

Chair: Prof. Dr. Andrea Szukala (Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster), Prof. Dr. Marc Partetzke (Universität Hildesheim)

Discussant: Prof. Dr. Marc Partetzke (Universität Hildesheim)

Abstract:

In modernen Regierungssystemen werden der politischen Bildung Funktionen der Reproduktion und Transformation demokratischer Orientierungen in der politischen Kultur zugeschrieben. Einer wissenschaftlich begründeten politischen Bildung liegen nach wie vor starke Rationalitätsannahmen zugrunde, die der Transmission von politischem Wissen im Rahmen von formaler Bildung eine besondere Bedeutung für die Demokratieentwicklung zumessen. Erklärte Minimalziele politischer Bildung, die auch in rezenten demokratiepolitischen Handlungsprogrammen umgesetzt werden, sind dann u.a. die Stabilisierung demokratischer Überzeugungen und Handlungsbereitschaften der Bürger*innen. Anliegen einer zeitgemäßen Forschung zur politischen Bildung, die diese Zielbestimmung für die Demokratieentwicklung ernst nimmt, muss es sein, besser zu verstehen und laufend zu überprüfen, ob die Anliegen der formalen Demokratiebildung in die Entwicklung der politischen Kultur angemessen eingebettet sind. Das Panel „Verstehen, Partizipieren, Vertrauen?“ hat insofern das Ziel, die in den letzten Jahren expandierende politikwissenschaftliche Forschung zum politischen Wissen auf Anschlüsse, Brüche und Neubestimmungen hin zu befragen. Es soll darum gehen, das politische Wissensniveau der Bevölkerung Deutschlands (2008 u. 2018) zu beschreiben und zentrale Determinanten sowie ausgewählte Folgen zu identifizieren. Im Sinne einer tiefen Erfassung der pluralen Ressourcen von politischem Wissen und dessen Verbindungen zur Demokratieentwicklung geht es auch darum, neuere Forschungen zum politischen Wissen mit Blick auf Verbindungen zum politischen Vertrauen, zu politischen Handlungsbereitschaften und sozialen Schieflagen (auch im Kontext der gegenwärtigen Pandemie) besser einschätzen zu können, um die Aufgabenbeschreibungen für die politische Bildung angemessener auf die derzeitige Demokratieentwicklung hin orientieren zu können.

Beiträge / Contributions:

Politisches Wissen im Zeitvergleich – Stabilität oder Veränderung?

Prof. Dr. Bettina Westle (Universität Marburg), Dr. Markus Tausendpfund (Fernuniversität Hagen)

Abstract:

Der Beitrag zielt darauf ab, das Wissensniveau der Bevölkerung in Deutschland zu zwei Zeitpunkten (2008 und 2018) zu beschreiben und zentrale Determinanten des politischen Wissens im Vergleich zu identifizieren. Dabei werden drei Ziele verfolgt: 1. wird eine Skala entwickelt, die eine valide und vergleichbare Messung des politischen Wissens für beide Zeitpunkte bietet. 2. wird untersucht, ob sich das politische Wissensniveau zu den zwei Zeitpunkten insgesamt und ggf. in bestimmten Bevölkerungsgruppen verändert hat und, wenn ja, wie diese Veränderungen erklärt werden können. 3. wird analysiert, ob sich die Effekte der Determinanten auf das politische Wissen zu den zwei Zeitpunkten unterscheiden und 4. Werden potenzielle Folgen auf der Ebene von Einstellungen untersucht. Auf Basis der empirischen Befunde können belastbare Aussagen zur Stabilität oder Veränderung des politischen Wissens getroffen werden.

Das konzeptuelle politische Wissen bei Jugendlichen und dessen Relevanz für die Entwicklung politischen Vertrauens

Prof. Dr. Katrin Hahn-Laudenberg (Bergische Universität Wuppertal), Dr. Johanna Ziemes (Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Der Beitrag knüpft an die Theorie der politischen Unterstützung zur Analyse von Daten der International Civic and Citizenship Education Study (ICCS 2016) aus 14 europäischen Bildungssystemen (N= 46.500 14-jährige Schüler*innen) an. Aufbauend auf einer Skizzierung der Erfassung konzeptuellen politischen Wissens in ICCS wird die Bedeutung des Wissens für die Ausprägung politischen Vertrauens analysiert. Dabei können systematisch variierende Effekte für das nationale und überstaatliche institutionelle Vertrauen in Abhängigkeit vom politischen Wissen und der Korruptionsfreiheit im jeweiligen EU- Mitgliedsstaat aufgezeigt werden.

Interaktions- und Mediationsbeziehungen zwischen politischem Wissen, politischem Interesse und gesellschaftlicher Partizipation

Prof. Dr. Frank Reichert (University of Hongkong)

Abstract:

Politisches Wissen wird oft als Voraussetzung politischen Handelns betrachtet. Weniger erforscht ist indes, inwiefern Partizipationserfahrungen das politische Wissen beeinflussen. Im Beitrag wird daher der Zusammenhang von vorangegangener Partizipation, politischem Wissen und Verhaltensabsichten unter Berücksichtigung des moderierenden Einflusses motivationaler Variablen aus Sicht der Theorie des situierten Lernens, der Selbstbestimmungstheorie und der Theorie des geplanten Verhaltens betrachtet.

Wirtschaftliche Sorgen und politisches Wissen

Prof. Dr. Paul Marx (Universität Duisburg-Essen), Dr. Sebastian Jungkunz (Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Der sozioökonomische Gradient in politischer Beteiligung ist ein wichtiger Gegenstand aktueller Forschung. Der vorgeschlagene Beitrag untersucht einen möglichen Mechanismus, der zu diesem Gradienten beitragen könnte: Geringeres politisches Wissen bei Menschen mit wirtschaftlichen Sorgen. Basierend auf Befunden psychologischer und verhaltensökonomischer Forschung wird argumentiert, dass wirtschaftliche Sorgen die Motivation und kognitive Ressourcen zur Auseinandersetzung mit Politik schwächen. Daher könnten solche Sorgen situativ die Aneignung politischen Wissens erschweren. Dieses Argument wird in einer repräsentativen Online-Umfrage während des ersten Lockdowns in der Corona-Pandemie untersucht. Die Ergebnisse unterstützen die theoretischen Erwartungen. Persönliche Betroffenheit durch die wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns geht mit geringerem politischen Wissen über aktuelle Geschehnisse („surveillance knowledge“) einher. Dieser Befund bleibt bestehen, wenn für die wirtschaftliche Situation vor der Krise kontrolliert wird. Der Beitrag diskutiert die Relevanz der Ergebnisse für politische Integration und Bildung.

DiE02 | Citizenship policies and citizenship education in times of uncertainty

Organisiert von / Organized by: Katarina Marej (WWU Münster), Dr. Nora Siklodi (University of Portsmouth)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politikwissenschaft und Politische Bildung“

Chair: Katarina Marej (WWU Münster), Dr. Nora Siklodi (University of Portsmouth) Discussant: Dr. Frank Reichert (University of Hong Kong)

Abstract:

Citizenship policies and education have become increasingly popular for policy interventions seeking to frame and design inclusion and exclusion processes. While these policies have traditionally been determined by genuine national considerations, their sources have changed, increasingly coming from global and knowledge exchanges as well as ‘best practice’ learnings, such as patriotic education, social cohesion and immigration regulation. This change has led to parallel developments in the content of citizenship, including a move from greater liberalisation in the 1990s to greater autocratisation post-9/11. Within education policies, the latest interventions seemingly intended to prevent radicalisation, requiring a shift away from raising critical and mature citizens towards raising loyal, trusting and supportive citizens. The implications of these developments for broader democratisation and autocratisation processes, as well as citizenship practices cannot be underestimated.

This panel seeks papers which reflect upon recent developments in citizenship policies and education, including both empirical and theoretical contributions. We are especially interested in the following themes:

- empirical and comparative analyses of policy developments in citizenship and citizenship education;
- critical reflections on the securitization of citizenship and citizenship education, especially in the context of prevention and (de)radicalization programs;
- bottom-up responses to these developments by citizens, teachers, students and families;
- self-reflexive processes within academia concerning the globalized development of citizenship theory as well as theoretical differentiations of education and indoctrination.

Beiträge / Contributions:

Citizenship Educational Policy: A Case of Russophone Minority in Estonia

Nikolai Kunitsõn (Tallinn University), Prof. Dr. Leif Kalev (Tallinn University)

Abstract:

In the contemporary era, societies are divided and political polarization is increasing. One of the most powerful instruments the government can use is general standard education, specifically citizenship education. We will look at the case of Estonia, which is peculiar because Estonia's main political cleavage, which also manifests itself in the bi-lingual education system and socio-economic inequalities is the ethnic cleavage between the Estonians and the Russophone community. We will look at Estonian citizenship education policy design and implementation (Jennings 1996; Spillane 2004; Lester et al 2017) with a special focus to bottom-up response by civics teachers in minority schools as front-line bureaucrats (Lipsky 2010). We will conduct an empirical analysis of the curriculum and this will be followed by semi-structured qualitative interviews. The aim is to identify how civic education is presented in Estonian high schools, how are those regulations transformed to the content of their subject, and what are the specific challenges of teachers in relation to the students from the Russian minority in Estonia. In discussion, we will look make suggestions to current Estonian citizenship education policy and offer various insights into tackling this issue.

Civic education in Brazil: a grassroots case study

Camila Alencar, Virginia Rocha, Wesley Siqueira

Abstract:

How has organized civil society helped to improve citizenship education in Brazil? This paper aims to both introduce an overview of the broad historic initiatives concerning civic education in the country, as well as presenting a case study from a particular response led by the grassroots nonprofit Politiquê? in the Northeast of Brazil since 2018. Citizenship education is a somewhat recent development in the educational system of Brazil. From the military regime until today's scenario of democratic fragility due to a far-right government, the country has experienced persevering anti-democratic attitudes and movements, which has both created a public opinion perception of the need for civic education and prevented so far the insertion of clear citizenship education policies within its national curriculum. This environment has encouraged the rise of organized civil society initiatives that elaborate bottom-up responses on civic engagement in collaboration with school communities. This study is based on the analysis of learnings and results stemming from the NGO's programs, with a focus on the organization's youth beneficiaries, using primary survey data and organizational reports. Early findings suggest some of the challenges faced in the implementation of such programs, including local political competition, aversion to the theme from the targeted public due to widespread negative connotation of institutional politics and lack of subject knowledge by the schools' administration and faculty. It also points to some positive tendencies in the next generation of voters, such as more willingness to engage in virtual debates and higher levels of educational achievement and information access.

Developing the political citizen: why every teacher is now a citizenship teacher as a consequence of the Counter-Terrorism and Security Act 2015 and the Prevent Duty.

Prof. Dr. Hazel Bryan (University of

Huddersfield) Abstract:

With its genesis in the Counter Terrorism and Security Act 2015, the Prevent duty is the responsibility placed upon certain members of society to prevent radicalisation and extremism. In terms of education, this duty should be understood in concert with the statutory requirement to promote (fundamental) British values enshrined in the Teachers' Standards (DfE, 2012). Both the Prevent duty and the concept of fundamental British values have generated significant questions: has there been chilling effect on freedom of speech? is there an Islamophobic undertone to these initiatives? in what ways are Ofsted inspections, school resources, the curriculum and approaches to diversity affected?

This paper explores the interplay between the statutory requirement to provide opportunity for pupils to debate and explore issues relating to citizenship in the public sphere in the light of religious and political discourses and the statutory requirement to monitor and report potential 'vulnerable' pupils. It asks what measures are employed to judge 'vulnerability' and 'risk' when they are encouraged to promote debate and active political engagement. The article argues that in discharging their Prevent Duty, teachers become self-regulating, 'governmentable subjects' themselves.

Keywords: Prevent; Prevent Duty; Counter-Terrorism and Security Act; Governmentality; teachers

EU citizenship and free movement in Germany and Hungary during Covid-19

Dr. Nora Siklodi (Norwegian University of Science and Technology/University of Portsmouth),

Katarina Marej (University of Munster)

Abstract:

Established in 1993, European Union (EU) citizenship has been presented as the pinnacle of the EU's democratic credentials and political aspirations. It was originally framed as a source of novel and truly

transnational set of rights, shared identifications and political participation for the nationals of the EU's member states. At its core, however, remains a chiefly economic right - the free movement of people within the union. Already susceptible for national limitations based on, chiefly, national security and welfare considerations, the scope of EU citizenship has come under particular duress during the height of the Covid-19 pandemic. It included not only the re-introduction of national border checks within the Schengen Area but also more targeted limits on the travelling rights of EU and non-EU citizens. The latter was often based on geographical restrictions or nationality and residence background. In order to contribute to the ongoing conversation about the significance of EU citizenship and, by extension, the debate on the EU's democratic perspectives, this paper relies on original discourse and policy analyses. Specifically, the paper examines whether and how the scope of EU citizenship has been limited in the context of the pandemic by EU member states. It zooms in on two member states with openly contradictory approaches to contemporary EU politics, Germany and Hungary, and analyses the similarities and differences in their responses to the pandemic with regards to EU citizenship and free movement. The findings shed light on the resilience and interpretation of EU citizenship and free movement in uncertain times.

Responding to the call for the 'Super Citizen': migrants' ambivalent experiences of citizenship tests, courses and ceremonies in Germany and the UK

Dr. Elisabeth Badenhoop (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

Abstract:

Naturalization is the culmination of state control over migrants' access to full membership status. Prior to the 21st century, naturalization in most Western European countries comprised a closed administrative procedure which was largely dealt with through paperwork. The introduction of citizenship tests, courses, and ceremonies since the 2000s has significantly changed the citizenship admission process, for example in Germany and the UK. Nowadays, migrants aspiring to citizenship status through naturalization face new, higher state requirements which include a credible performance of loyalty, knowledge, and language skills.

Migration and citizenship studies tend to see these citizenship tests, courses and ceremonies as highly ambivalent policies which simultaneously include and exclude migrants. Moving beyond this inclusion/exclusion divide, I conceptualize naturalization as a subject-formation regime that encourages naturalized citizens to transform themselves into political, economic and cultural assets to the nation-state, a subjectivity which I critically term the 'Super Citizen,' in allusion to its overstraining character. But how is the call for the 'Super Citizen' received and answered? Based on a thematic analysis of interviews with migrants applying for citizenship in either Germany or the UK, this paper examines migrants' experiences of naturalization and identifies three types of response to the 'Super Citizen' call: embrace, contestation, and disaffection. I argue that subject-formation is powerful, but not as deterministic as the literature suggests. By encouraging migrants to compete for recognition by the state, the subjectivity of the 'Super Citizen' produces new hierarchies among naturalized, national-born, and non-national citizens.

Querschnittsveranstaltung

MiA1 | "Und es hat Zoom gemacht" - Lehre in Zeiten von Unsicherheit und Digitalisierung

*Sektion „Politikwissenschaft und Politische Bildung“ (Prof. Dr. Marc Partetzke, Universität Hildesheim),
Arbeitskreis „Hochschullehre“ (Julia Reuschenbach, Universität Bonn)*

Abstract:

Das Jahr 2020 war für die politikwissenschaftliche Hochschullehre ein äußerst turbulentes Jahr. Binnen weniger Wochen haben viele Institute, viele Lehrende einen großen Digitalisierungsschritt gemacht. Es zeichnet sich nun, im dritten digitalen/hybriden Semester ab, dass uns diese Situation noch eine Weile begleiten wird. Viele Fragen sind aufgetaucht, die der Arbeitskreis Hochschullehre und die Sektion Politische Bildung im Rahmen des DVPW-Kongresses 2021 im Rahmen eines digitalen World-Cafés diskutieren möchten. An insgesamt fünf virtuellen Tischen laden wir ein zum Austausch und Vernetzen.

Unsere Thementische:

- (1) Den Anschluss nicht verpassen – “Sorgenkinder“ in der Online-Lehre
Moderation: Dr. Volker Best (Universität Bonn und RWTH Aachen) und Dr. Matthias Freise (Universität Münster)
- (2) Lehre nach Corona – was bleibt an digitalen Elementen, was kann weg?
Moderation: Adrian Bidlingmaier (Universität Konstanz), Dr. Judith Gurr (Universität Lüneburg) und Johanna Hiebl (Europa-Universität Viadrina Frankfurt Oder)
- (3) Herzlich Willkommen? – Politikwissenschaftlicher Studienstart in Corona-Zeiten
Moderation: Dr. Lasse Cronqvist (Universität Trier) und Dr. Ray Hebestreit (Universität Duisburg-Essen)
„Vom Onlineteamteaching bis zur Podcastproduktion - Didaktische Doppeldecker als Prinzip der Coronalehre“
Moderation: Prof. Dr. Rico Behrens (Katholische Universität Eichstätt) und Dr. Luisa Girnus (Universität Potsdam),
- (4) Redebedarf in unsicheren Zeiten? – Corona, Verschwörungstheorien und die Frage, wie politische Lehrende/Lehrer*innen eigentlich sein dürfen/sollen?
Moderation: Prof. Dr. Marc Partetzke (Universität Hildesheim) und Julia Reuschenbach (Universität Bonn)

Im anschließenden Plenum möchten wir unsere Ergebnisse bündeln und nach den Zukunftsperspektiven der politikwissenschaftlichen Hochschullehre und vor allem danach fragen: „Was bleibt nach Corona?“

MiD08 | Demokratische Konfliktfähigkeit - Aufgaben politischer Bildung in unsicheren Zeiten (I)

Organisiert von / Organized by: Dr. Christian Zimmermann (Universität Siegen), Prof. Dr. Alexander Wohnig (Universität Siegen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politikwissenschaft und Politische Bildung“

Chair: Dr. Christian Zimmermann (Universität Siegen), Prof. Dr. Alexander Wohnig (Universität Siegen) Abstract:

In den vergangenen Jahren ist die Legitimität der liberalen parlamentarischen Demokratie in der wissenschaftlichen Diskussion fragwürdig geworden. Diagnosen imperialer Lebensweisen (Brand/Wissen 2017), von Entwicklungen der Entparlamentarisierung und einer komplementären Machtverschiebung zugunsten der Exekutive (Dreier 2018) und „finanzkapitalistischer Landnahme“ (Dörre 2019) zeigen erhebliche legitimatorische Probleme an. Zusätzlich tendieren Gesellschaften in kultureller und sozio-ökonomischer Hinsicht zu Fragmentierung und Polarisierung (Butterwegge 2018). Andererseits verweisen analytisch anders gelagerte Arbeiten auf einen Formwandel der Demokratie, der neue Partizipationsformen, innovativ organisierte politische Akteure und möglicherweise sogar neuen demokratischen Freiraum hervorbringt (Blühdorn 2013, Manow 2020).

Diese Konstellation wirft Fragen nach Aufgaben, Inhalten und Zielen politischer Bildung auf, die nicht lediglich durch eine fachdidaktisch bzw. pädagogisch begründete Reflexion beantwortet werden können. Die grundlegende Hypothese des Panels soll aber darin bestehen, dass unter den Bedingungen von Unsicherheit und Autokratisierung die Stärkung demokratischer Konfliktfähigkeit eine wesentliche Leitlinie der Reflexion über politische Bildung sein muss. Deshalb wendet sich das Panel mit den folgenden Fragestellungen nicht nur an die politische Bildung, sondern auch und besonders an die Politische Theorie, die Politische Soziologie und die Politische Kulturforschung:

1. Welche einschlägigen (zeitdiagnostischen) politischen und soziologischen Theorien eignen sich für die Reflexion politikdidaktischer Ziele, Aufgaben und Inhalte? Warum weist insbesondere die zeitgenössische Demokratietheorie im Hinblick auf politische bzw. sozialwissenschaftliche Bildungsfragen eine bemerkenswerte Leerstelle auf?
2. Wie kann politische bzw. sozialwissenschaftliche Bildung auf die Befähigung informierter politischer Urteilskraft hinarbeiten, obwohl immer weniger Zeit bei gleichzeitig immer mehr unsicherer Information zur Verfügung steht?
3. Wie kann politische bzw. sozialwissenschaftliche Bildung ihre Zielgruppen innerhalb und außerhalb der Schule adressieren, wenn die Gesellschaft immer heterogener wird? Welche Form politischer Bildung kann als adäquat für prekäre und deklassierte gesellschaftliche Milieus angesehen werden?
4. Welche Inhalte sind für politische bzw. sozialwissenschaftliche Bildung geeignet, um in Zeiten fragwürdiger demokratischer Legitimation orientierungstiftend auftreten zu können? Wie sind Forderungen nach Neutralität in diesem Kontext zu beurteilen? Welche Rolle spielt Kritik bei der Auswahl, didaktischen Rekonstruktion, Vermittlung und Aneignung der Inhalte?
5. Welche Aufgabe kommt politischer bzw. sozialwissenschaftlicher Bildung bei der Ausbildung personaler Identität unter den Bedingungen von Unsicherheit, Autokratisierung sowie erodierender demokratischer Strukturen und neoliberaler Menschen- und Bürgerleitbilder zu?
6. Was bedeutet politische Handlungsfähigkeit in Zeiten von Unsicherheit und Autokratisierung, aber auch vor dem Hintergrund neuer Formen politischer Organisation und politischer Partizipation?

Beiträge/Contributions:

Konfliktfähigkeit als Praxis der Affirmation von Verwicklungen

Dr. Werner Friedrichs (Otto-Friedrich-Universität Bamberg) Abstract:

Der Beitrag soll der grundlegenden Hypothese des Panels nachgehen, nach der unter „den Bedingungen von Unsicherheit und Autokratisierung die Stärkung demokratischer Konfliktfähigkeit eine wesentliche Leitlinie der Reflexion über politische Bildung sein muss“. Dabei soll es darum gehen, wie eine „demokratische Konfliktfähigkeit“ figuriert sein sollte, damit sie auch vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden, neuen Herausforderungen im dritten Jahrtausend Orientierung für die politische Bildung bieten kann. Ausgangspunkt ist der Verdacht, dass die bisherige Schreibweise von Konfliktfähigkeit im Angesichte hybrider politischer Um|Welten (environmentalité) an ihre Grenzen kommt.

Konfliktfähigkeit im Zuge realen politischen Handelns entwickeln. Die politische Aktion als authentische Bildungsgelegenheit

Steve Kenner (Institut für Didaktik der Demokratie/Center for Inclusive Citizenship (CINC)) Abstract:

Konfliktfähigkeit wird im politikdidaktischen Diskurs zuweilen als eigenständige Kompetenz hervorgehoben (u.a. Behrmann u.a. 2004, Reinhardt 2018). Sie wird dabei unmittelbar der Handlungsfähigkeit zugeordnet, weil das tatsächliche Austragen und zivilisierte Lösen politischer Konflikte unmittelbar mit politischen Handlungserfahrungen verbunden sind. Konfliktsituationen, so Hermann Giesecke, seien die „eigentlichen politischen Handlungssituationen“ (Giesecke 1979, 143). Der Umgang mit politischen Konflikten ist dabei ein wesentlicher Bestandteil freiheitlich demokratischer Gesellschaften, denn der „politische Prozess in einer Demokratie besteht in der Austragung und Regelung von Macht- und Interessenkonflikten“ (Breit 1999, 386). Vor der Befähigung zur zivilisierten Aushandlung politischer Konflikte als zentrale Fähigkeit, die durch politische Bildung gefördert werden soll, steht demnach die Anerkennung des Konflikts als wertvoller Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Politische Entscheidungsprozesse, aber auch gesellschaftliche Regeln des Zusammenlebens werden in einer „Dialektik von Konflikt und Konsens“ (Reinhardt 2018, 23) entwickelt. Konfliktfähigkeit stellt somit ein zentrales Element politischen Lernens dar.

In der Schule soll Konfliktfähigkeit zumeist simulativ bspw. durch Planspiele entwickelt werden. Eine von mir kürzlich abgeschlossene Studie (Kenner 2021 i.V.) zeigt allerdings, dass ein besonderes Potential zur Entwicklung von Konfliktfähigkeit in realen, authentischen politischen Handlungserfahrungen liegt. Für die Studie wurden verschiedene politische Jugendgruppen begleitet, die selbstbestimmt und selbstorganisiert politisch aktiv sind. Ihre zumeist unkonventionellen Partizipationsformen, bis hin zum zivilen Ungehorsam, führen dabei immer wieder zu Auseinandersetzungen und Konflikten – innerhalb der Gruppe und mit Außenstehenden.

Inwiefern die Jugendlichen Strategien zur Konfliktlösung finden und welche Schlüssel daraus für eine emanzipatorische und partizipative Schule als „Lernort der Demokratie“ (Kenner/Lange 2019) zu ziehen sind, würde ich gerne in einem Vortrag in diesem Panel vorstellen.

Konfliktfähigkeit und die Wiederentdeckung der Dialektik

Dr. Stefan Müller (Justus-Liebig-Universität Gießen)

Abstract:

In der politischen bzw. sozialwissenschaftlichen Bildung wird der Entwicklung von Konfliktfähigkeit eine zentrale Bedeutung für das Demokratie-Lernen zugeschrieben. Als Kennzeichen einer pluralistischen Demokratie wird dabei u. a. auf „eine konstruktive Dialektik von Konflikt und Konsens“ (Reinhardt 2018) verwiesen.

Im Vortrag werden zunächst Modelle von Konfliktfähigkeit idealtypisch skizziert. Dichotome werden von mündigkeitsorientierten Konzepten auf drei Ebenen unterschieden: a) offene oder geschlossene Modelle, b) Einbezug oder Ausblendung normativer Annahmen und c) die Annahmen der Ziele Konsens oder Dissens.

Dichotome Konzepte, die sich mit einseitigen Bezugnahmen begnügen, können dabei nicht überzeugen. In jüngster Zeit finden sich Hinweise in der politischen und sozialwissenschaftlichen Bildung, die ‚die Dialektik‘ wiederentdecken. Doch was ist eigentlich Dialektik? Im zweiten Teil des Vortrags wird das Modell von ‚These, Synthese, Antithese‘ als unterbestimmt problematisiert. Demgegenüber werden die Merkmale einer negativ-dialektischen Argumentationsfigur im Anschluss an Theodor W. Adorno rekonstruiert (Ritsert 2017, Müller 2020).

Abschließend wird diskutiert, welche Bedeutung der Wiederentdeckung der Dialektik im Blick auf idealtypische Modelle von Konfliktfähigkeit zukommen kann. Im Mittelpunkt steht eine mündigkeitsorientierte Gestaltung politischer und sozialwissenschaftlicher Bildungserfahrungen. Modelle von Konfliktfähigkeit können dadurch erweitert und fundiert, aber auch ihre instrumentelle Verwendung in der politischen und sozialwissenschaftlichen Bildung in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Aufgaben, Inhalte und Ziele politischer Bildung werden davon nachhaltig beeinflusst.

Leerstellen und Potentiale radikaler Demokratietheorie für die Politische Bildung.

Sam Schneider (Justus-Liebig-Universität Gießen)

Abstract:

Der Beitrag sieht in politischen Theorien radikaler Demokratie den wohl vielversprechendsten Ausdruck einer theoretischen Reflexion auf die gegenwärtige Krisenhaftigkeit liberaler Demokratien. So sehr diese die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse demokratischer Ordnungen anerkennen und deren beständige Kontestation und Kontingenz hervorheben, so wenig stellen jedoch konzeptuelle Entwürfe für bildungs- und praxistheoretische Verwirklichungshorizonte demokratischer Subjektivität in Aussicht (vgl. Sörensen 2020).

Der Beitrag nimmt sich dieser Ausgangslage an und sieht die bildungstheoretische Leerstelle vornehmlich in drei praxisorientierten Versäumnissen innerhalb des Feldes radikaler Demokratietheorie begründet: Erstens bewegt sich der hochspezialisierte Diskurs radikaler Demokratie auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau, das nur schwer zugänglich ist und nicht an die alltäglichen Erfahrungen (marginalisierter) Menschen anschließen kann (Jörke 2006). Zweitens hat die einseitige Fokussierung auf das radikale Moment der Infragestellung oder des vollständigen Bruchs mit der bestehenden Gesellschaft eine Untertheoretisierung der handlungs- und institutionentheoretischen Dimension von Demokratie zur Folge (Hermann/Flatscher 2020). Nach einer überblickshaften Darstellung dieser beiden Dimensionen, wird schließlich exemplarisch an den pädagogischen Arbeiten Jacques Rancières (2007) diskutiert, inwiefern eine solch abstrakte und anti-institutionelle Perspektive auf Demokratie und Bildung nicht nur die Reflexion auf politikdidaktische Ziele, Aufgaben und Inhalte, sondern auch jede Form institutionalisierten (Politik-)Unterrichts verunmöglicht.

Abschließend sollen ausblickhaft unter Rückgriff auf Cornelius Castoriadis, Judith Butler und Hannah

Arendt einige Gedanken skizziert werden, wie die beschriebenen Leerstellen durch eine praxeologische Wendung radikaler Demokratietheorie zu schließen seien. Eine radikaldemokratisch inspirierte Bildung ließe sich dann als das Etablieren von Austausch-, Handlungs- und Gestaltungsräumen denken, in denen sich Demokratie als soziale, konfliktuelle und weltgestaltende Praxis stets aufs Neue performativ ins Werk setzt.

MiE07 | Demokratische Konfliktfähigkeit - Aufgaben politischer Bildung in unsicheren Zeiten (II)

Organisiert von / Organized by: Dr. Christian Zimmermann (Universität Siegen), Prof. Dr. Alexander Wohnig (Universität Siegen)

Chair: Dr. Christian Zimmermann (Universität Siegen), Prof. Dr. Alexander Wohnig (Universität Siegen), Prof. Dr. Andrea Szukala (Universität Münster)

Abstract:

In den vergangenen Jahren ist die Legitimität der liberalen parlamentarischen Demokratie in der wissenschaftlichen Diskussion fragwürdig geworden. Diagnosen imperialer Lebensweisen (Brand/Wissen 2017), von Entwicklungen der Entparlamentarisierung und einer komplementären Machtverschiebung zugunsten der Exekutive (Dreier 2018) und „finanzkapitalistischer Landnahme“ (Dörre 2019) zeigen erhebliche legitimatorische Probleme an. Zusätzlich tendieren Gesellschaften in kultureller und sozio-ökonomischer Hinsicht zu Fragmentierung und Polarisierung (Butterwegge 2018). Andererseits verweisen analytisch anders gelagerte Arbeiten auf einen Formwandel der Demokratie, der neue Partizipationsformen, innovativ organisierte politische Akteure und möglicherweise sogar neuen demokratischen Freiraum hervorbringt (Blühdorn 2013, Manow 2020).

Diese Konstellation wirft Fragen nach Aufgaben, Inhalten und Zielen politischer Bildung auf, die nicht lediglich durch eine fachdidaktisch bzw. pädagogisch begründete Reflexion beantwortet werden können. Die grundlegende Hypothese des Panels soll aber darin bestehen, dass unter den Bedingungen von Unsicherheit und Autokratisierung die Stärkung demokratischer Konfliktfähigkeit eine wesentliche Leitlinie der Reflexion über politische Bildung sein muss. Deshalb wendet sich das Panel mit den folgenden Fragestellungen nicht nur an die politische Bildung, sondern auch und besonders an die Politische Theorie, die Politische Soziologie und die Politische Kulturforschung:

1. Welche einschlägigen (zeitdiagnostischen) politischen und soziologischen Theorien eignen sich für die Reflexion politikdidaktischer Ziele, Aufgaben und Inhalte? Warum weist insbesondere die zeitgenössische Demokratietheorie im Hinblick auf politische bzw. sozialwissenschaftliche Bildungsfragen eine bemerkenswerte Leerstelle auf?
2. Wie kann politische bzw. sozialwissenschaftliche Bildung auf die Befähigung informierter politischer Urteilskraft hinarbeiten, obwohl immer weniger Zeit bei gleichzeitig immer mehr unsicherer Information zur Verfügung steht?
3. Wie kann politische bzw. sozialwissenschaftliche Bildung ihre Zielgruppen innerhalb und außerhalb der Schule adressieren, wenn die Gesellschaft immer heterogener wird? Welche Form politischer Bildung kann als adäquat für prekäre und deklassierte gesellschaftliche Milieus angesehen werden?
4. Welche Inhalte sind für politische bzw. sozialwissenschaftliche Bildung geeignet, um in Zeiten fragwürdiger demokratischer Legitimation orientierungsstiftend auftreten zu können? Wie sind Forderungen nach Neutralität in diesem Kontext zu beurteilen? Welche Rolle spielt Kritik bei der Auswahl, didaktischen Rekonstruktion, Vermittlung und Aneignung der Inhalte?
5. Welche Aufgabe kommt politischer bzw. sozialwissenschaftlicher Bildung bei der Ausbildung personaler Identität unter den Bedingungen von Unsicherheit,

- Autokratisierung sowie erodierender demokratischer Strukturen und neoliberaler Menschen- und Bürgerleitbilder zu?
6. Was bedeutet politische Handlungsfähigkeit in Zeiten von Unsicherheit und Autokratisierung, aber auch vor dem Hintergrund neuer Formen politischer Organisation und politischer Partizipation?

Beiträge / Contributions:

Demokratie braucht Alternativen – zur extremismuspräventiven Beschneidung von Kontroversität in der politischen Bildung

Dominik Feldman

Abstract:

Nicht erst seit der Coronapandemie erleben die westlichen, liberalen Demokratien Krisenmomente, die Sorgen berechtigt erscheinen lassen, dass sich diese Gesellschaften schrittweise autokratisieren (bspw. Crouchs „Postdemokratie“-Diagnose). Auch die Bundesrepublik ist davon nicht ausgenommen. Begleitet wird dies durch Prozesse von Versicherheitlichung, also z.B. personeller Aufstockungen und Kompetenzerweiterungen der Sicherheitsbehörden.

Diese Versicherheitlichung zeigt sich derzeit auch in der schulischen sowie außerschulischen politischen Bildung. Vielfach wird die politische Bildung schlicht als Teil in einer extremismuspräventiven Gesamtstrategie verortet. Politische Bildung wäre dann lediglich dafür verantwortlich, die Bildungssubjekte vor einem Überlaufen zu den verschiedenen „Extremismen“ zu bewahren. Darüber hinaus findet die extremismuspräventive Denkschablone Anwendung, um die Grenzen dessen zu bestimmen, was in der politischen Bildungsarbeit kontrovers besprochen werden sollte. Vermeintlich

„extremistische“ Ideologien und Positionen seien dann nicht mehr legitimer Teil dieser Kontroversen.

Auch wer Position dafür ergreift, dass der plurale Streit in einer Demokratie in demokratiegefährdenden Konstellationen durch eine „antiextremistische“, wehrhafte Demokratie beschnitten werden müsse, kommt nicht umhin, dies als autoritären Akt zu werten. Schließlich werden Positionen teils willkürlich als „extremistisch“ kategorisiert und dadurch diskreditiert. Ist dieser autoritäre Akt geeignet, um Prozesse von Entdemokratisierung abzuwenden? Er ist wohl eher Teil einer Autokratisierung.

Gerade in Zeiten zunehmend sichtbar werdender autoritärer Bedrohungen gilt es, Fragen nach der Reichweite von Kontroversität neu zu stellen, um den demokratischen Streit mit Alternativen zur Politik des Status Quo zu bereichern – auch in der politischen Bildung.

Eine versicherheitlichte politische Bildung sollte einem nach Alternativen fragenden Verständnis weichen, das Grenzen der Kontroversität danach ausrichtet, wie der plurale Diskurs in einer Demokratie gestärkt wird.

Politische Urteilskraft als Konfliktfähigkeit. Zum politikdidaktischen Potential der erweiterten Denkungsart

Johannes Schmoldt (Universität Erfurt, Staatswissenschaftliche Fakultät)

Abstract:

Demokratie ohne Konflikte ist weder denkbar noch wünschenswert. Umso bedeutender ist die Aufgabe der Politischen Bildung, Menschen zu befähigen, sich mit anderen kontroversen Positionen auseinanderzusetzen. Um die zentrale Rolle der Ausbildung demokratischer Konfliktfähigkeit im Rahmen der Politischen Bildung stärker theoretisch-philosophisch anzubinden, eignet sich insbesondere die Konzeption der erweiterten Denkungsart, die

Immanuel Kant in seiner dritten Kritik als Maxime der Urteilskraft einführte. Die erweiterte Denkungsart als Fähigkeit des Menschen, das eigene Denken zu erweitern und vom Standpunkt eines jeden anderen denken zu können, soll in diesem Beitrag auf ihren politikdidaktischen Gehalt untersucht werden. Dabei wird die Grundthese vertreten, dass auf Basis der erweiterten Denkungsart demokratische Konfliktfähigkeit eingeübt werden kann, da die erweiterte Denkungsart so etwas wie ein „Minimal-Modell“ fundierter politischer Urteilsbildung darstellt. Diese These wird in drei argumentativen Schritten näher ausdifferenziert: Erstens wird die Bedeutung der Konfrontation mit anderen Meinungen und Positionen in der politischen Bildungsprozesses betont, was die erweiterte Denkungsart zu einer Art „Standort-Wechsel-Kompetenz“ macht. Zweitens wird gezeigt, wie die Konfrontation mit anderen Meinungen dazu beitragen kann, eigene, bereits bestehende Positionen mit all ihren Vorerfahrungen und bestehenden Meinungen zu hinterfragen und somit zu einem verallgemeinerbaren Standpunkt und einer abgewogeneren Urteilsbildung zu gelangen. Drittens wird die rhetorische Dimension der erweiterten Denkungsart herausgearbeitet, welche impliziert, dass jeder Urteilsbildungsprozess in der verständlichen Präsentation und Artikulation des gefundenen Urteils in einer demokratischen (Teil)Öffentlichkeit gipfelt, wie z.B. einem Klassen- oder Schulverband. Insofern steckt in der erweiterten Denkungsart Potential, welches zur Förderung demokratischer Konfliktfähigkeit im Rahmen einer auf Urteilskraft abzielenden Politischen Bildung fruchtbar gemacht werden kann.

Schulische Demokratieerziehung und die Krise der repräsentativen Demokratie Democratic School Education and the Crisis of Representative Democracy

Prof. Dr. Julian Culp (The American University of Paris)

Abstract:

In Reaktion auf die autoritär-populistische Politik Donald Trumps argumentieren viele politische Philosoph*innen sowie Bildungs- und Erziehungsphilosoph*innen, dass national orientierten Formen schulischer Demokratieerziehung eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der gegenwärtigen Krise der repräsentativen Demokratie in den USA zukommt. Dieser Beitrag argumentiert jedoch, dass eine national orientierte schulische Demokratieerziehung nicht hinreichend die auf den inter-, supra- und transnationalen Ebenen angesiedelten Ursachen der Krise der repräsentativen Demokratie berücksichtigt. Diese Ursachen betreffen insbesondere technokratische und elitäre Formen der politischen Meinungs- und Willensbildung. Vielversprechender, so die These dieses Aufsatzes, ist eine Kombination aus national und transnational orientierter Demokratieerziehung. Letztere würde einen Beitrag zur Demokratisierung der inter-, supra- und transnationalen politischen Verhältnisse leisten und somit auch die jenseits des Nationalstaats liegenden Ursachen der Krise der repräsentativen Demokratie adressieren.

DoD25 | Verantwortung und keine Wahl? Erwartungen an junge Menschen und deren (reale) Artikulationschancen

Organisiert von / Organized by: Dr. Luisa Girus (Universität Potsdam), Prof. Dr. Rico Behrens (Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politikwissenschaft und Politische Bildung“

Chair: Prof. Dr. Rico Behrens (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt)

Discussant: Dr. Constanza Sanhueza (Wissenschaftszentrum Berlin), Dr. Luisa Girus (Universität Potsdam)

Abstract:

Junge Menschen sind im politischen Diskurs unterrepräsentiert. Gleichzeitig sind sie als nachwachsende Generation im besonderen Ausmaß von den langfristigen Folgen heutiger politischer Entwicklungen betroffen (Rose 2019). Mit Blick auf den demographischen Wandel scheint junge Menschen eine Verantwortung zu treffen, die für sie kaum abzuschätzen ist. Sie müssen bspw. die politischen und sozialen Folgen des Klimawandels tragen, ohne maßgebenden Einfluss auf die politischen Entscheidungen der vergangenen und gegenwärtigen Zeit zu haben (Berndt/Vogt 2020). Auch in der derzeitigen Pandemie sind gerade sie zur Solidarität aufgerufen, während ihre Situation und ihre Bedarfe zunächst einmal gar nicht gehört worden sind und noch immer weitgehend hintenangestellt werden (Andresen et al. 2020). Was zukünftig bezüglich des Verhältnisses von politischen Erwartungen an junge Menschen einerseits und ihren politischen Artikulationschancen sowie ihrer Repräsentation im politischen Prozess andererseits zu erwarten ist und welchen Handlungsbedarf zur verbesserten Wahrnehmung oder auch Vertretung der Interessen junger Menschen es gibt, soll im Panel bearbeitet werden. Erwartet werden empirische sowie theoretisch-konzeptionelle Beiträge aus dem Bereich der politischen Kulturforschung, politischen Soziologie und der Politikdidaktik, die u.a. folgende Fragen diskutieren:

- Welche Gefahren bestehen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn wenige junge Menschen in Zukunft für eine große Zahl alter Menschen aufkommen müssen?
- Inwieweit verschärft sich ein Generationenkonflikt durch Klimawandel und Coronapandemie?
- Welche politischen Modelle entschärfen einen potentiellen Generationenkonflikt?
- Wie können politische Interessen junger Menschen besser repräsentiert werden?
- Kommt der politischen Bildung eine besondere Rolle als „Agentin“ politischer Interessen junger Menschen zu?

Andresen, S. et al. (2020) Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona Maßnahmen, in: file:///Users/lu/Downloads/Rusack_JuCo.pdf (29.11.2020).

Berndt, C. & Vogt, M. (2020) Jugend und weltgesellschaftliche Verantwortung am Beispiel von „Fridays for Future“, in: Puchert, L. & Schwerdtfeger, A. (Hrsg.) Jugend im Blick erziehungswissenschaftlicher Forschung. Opladen.

Rose, M. (2019) All-affected, Non-identity and the Political Representation of Future Generations: Linking Inter-generational Justice with Democracy, in: Cottier, T., Lalani, S. & Siziba, C. (Hrsg) Intergenerational Equity: Environmental and Cultural Concerns, S. 32-51. Leiden, Boston.

Beiträge / Contributions:

Das Interesse von Jugendlichen an politischen Themen. Erste Ergebnisse einer Studie zu politischen Sozialisationsprozessen anhand der Befragung von 12- bis 13-Jährigen

Dr. Maren Zschach (Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle (Saale)), Ina Weigelt (Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle (Saale)), Pia Sauermann (Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle (Saale))

Abstract:

Stellt man die Frage, wie politische Interessen und Bedürfnisse junger Menschen besser re-präsentiert werden können, so bietet die Analyse von qualitativen (Video)Interviews, wie wir sie momentan mit Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 7 durchführen, eine interessante Datenbasis. In unserer, in drei Erhebungswellen angelegten Panelstudie (2020-2024), fragen wir danach, wie politische Sozialisationsprozesse junger Menschen verlaufen und welche Faktoren ein politisches Engagement im Jugendalter begünstigen oder hemmen.

Um diese Frage zu beantworten, führen wir derzeit Einzelinterviews mit Jugendlichen durch, die aus

einer Verknüpfung eines biographischen und eines leitfadengestützten Interviews bestehen (erste Welle). Während durch die Analyse der offenen Erzählung individuelle, lebens-weltbezogene Sozialisationsfelder wie Schule, Familie und Peers näher beleuchtet werden, gehen wir im weiteren Verlauf der Interviews stärker auf das politische Interesse und die politische Beteiligung junger Menschen ein. Hier fragen wir danach, was Politik für die Jugendlichen bedeutet und wie eine gute Gesellschaft beschaffen sein soll, wie die Interviewten mit Politik in Berührung kommen, sich informieren und eine Meinung bilden. Darüber hinaus interessiert uns das politische und soziale Engagement der Jugendlichen sowie Erzählungen über politische Diskussionen in der Schule, mit der Familie und unter den Peers.

Die besondere Relevanz der Studie besteht darin, dass bislang qualitative Panels, die sich mit der politischen Sozialisation jüngerer Jugendlicher beschäftigen, weitgehend fehlen. Unser Vortrag verfolgt das Ziel, über politische Interessen und Positionen junger Jugendlicher zu berichten, um Ideen zu diskutieren und Strategien anzudenken, die dazu dienen könnten, Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen und die Sichtbarkeit ihrer politischen Positionen zu stärken. Die aktuelle Corona-Situation spielt dabei eine wichtige Rolle, da erzählgenerierende Interviews, die nicht nach dem Erleben der Pandemie fragen würden, allein aus forschungs-ethischen und zeitdiagnostischen Überlegungen heraus nicht vorstellbar sind. Hier zeigt sich anhand unseres Materials, dass gesellschaftliche Konfliktlinien auch im Nahfeld der Jugendlichen sichtbar werden, indem z.B. unterschiedliche Positionen zu den Maßnahmen gegen die Pandemie sowohl Peerbeziehungen als auch jene zwischen Lehrenden und Schülerschaft beeinflussen. Bezogen auf die Herausbildung und Artikulation politischer Positionen lässt unser Vortrag auch in dieser Hinsicht spannende Ergebnisse erwarten.

Politische Bildung als Agentin für junge Menschen? - Inklusive politische Bildung als Möglichkeitsraum zur Förderung von Partizipation

Tina Hölzel (JoDDiD, TU Dresden), David Jugel (JoDDiD, TU Dresden)

Abstract:

Diskussion dieser Frage sollen sowohl theoretische Ansätze als auch erste empirische Befunde politischer Bildung im Kontext inklusiver Überlegungen vorgestellt werden. Für das zugrunde liegende Menschenbild sowie Lernverständnis im Kontext inklusiver politischer Bildung werden phänomenologische, sozialkonstruktivistische, kulturhistorische sowie neurologische Befunde und Theorien synthetisiert und mithilfe von Erkenntnissen der Studie „Inklusives politisches Lernen im Stadion – Politische Bildung mit unbekanntem Team und offenem Spielverlauf“ (Besand/Hölzel/Jugel 2018) zu Thesen verbunden, wie politische Bildung junge Menschen bei ihren Ansprüchen an politische Teilhabe als Agentin unterstützen kann.

Fischer, Kurt Gerhard (Hg.) (1973): Politische Bildung. Ein Lehr- und Arbeitsbuch für den sozialkundlich-politischen Unterricht in der Sekundarstufe II. 3., völligneubearb. und erw. Aufl. Stuttgart: Metzler.

Besand, Anja; Hölzel, Tina; Jugel, David (2018): Inklusives politisches Lernen im Stadion. Politische Bildung mit unbekanntem Team und offenem Spielverlauf. Dresden: C. Adelman GmbH.

Politische Bildung in Aktion. Schulen als politische Sozialisations- und Artikulationsräume verstehen

Steve Kenner (Institut für Didaktik der Demokratie / Center for Inclusive Citizenship)

Abstract:

Politische Willensbildungsprozesse werden nicht mehr überwiegend von Parteien und Politiker*innen, sondern immer häufiger auch von Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft geprägt. Diese gesellschaftspolitischen Phänomene werden in formalen politischen Bildungssettings, aber auch im

fachdidaktischen Diskurs zu wenig abgebildet.

Informelle, nicht-verfasste, unkonventionelle Formate politischer Partizipation bis hin zu Aktionen des zivilen Ungehorsams prägen politische Erfahrungen vor allem bei jungen Menschen. Das Interesse von Jugendlichen an politischen Themen ist in den vergangenen Jahren gestiegen, die Bereitschaft, sich mit unkonventionellen Formaten politischer Partizipation zu engagieren, ebenfalls. Das Vertrauen in Parteien und gegenüber Politiker*innen dagegen ist gesunken (Shell Jugendstudien 2002-2019).

In den Rahmenlehrplänen wird allerdings bis heute der Schwerpunkt auf verfasste Strukturen der Meinungs- und Entscheidungsbildung innerhalb des Herrschaftssystems Demokratie gelegt. Und auch den fachdidaktischen Diskurs prägt noch immer ein vermeintlicher Kanon – zumeist institutionellen – politischen Wissens (Kontroverse: Weißeno et al. 2010/ Autorengruppe Fachdidaktik 2011).

In einer von mir in den Jahren 2017-2020 durchgeführten qualitativen Studie (Kenner 2021 i.V.) zu politischen Bildungserfahrungen in der politischen Aktion konnte nachgewiesen werden, dass im Zusammenhang mit selbstbestimmten Partizipationserfahrungen u.a. analytische Kompetenzen, Perspektivenwahrnehmung und Urteilskompetenz gestärkt werden. Vor allem aber ist der Wert authentischer Bildungserfahrungen in Bezug auf das politische Selbstkonzept, Selbstwirksamkeitserfahrungen und politische Handlungskompetenzen – auch im Sinne von Organisationswissen - hervorzuheben. Diese Fähigkeiten zu stärken scheint durch reale Aushandlungsprozesse zu gelingen. In der Schule wird dies bis heute vor allem über simulierte und somit fremdbestimmte Handlungserfahrungen versucht.

Wenn die realen Artikulationschancen von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden sollen, muss die politische Bildung Verantwortung übernehmen, Freiraum schaffen für reale – auch unkonventionelle politische Partizipationserfahrungen und die damit verbundenen Bildungsprozesse begleiten. Schule muss sich als Sozialisationsraum für mündige Bürger*innen verstehen und damit auch als Übungsfeld für politische Artikulation. Wie dies gelingen kann, würde ich gerne auf Grundlage der empirischen Erkenntnisse meiner Studie mit Implikationen für eine emanzipatorische und partizipative Schule als „Lernort der Demokratie“ (Kenner/Lange 2019) in Ihrem Panel zur Diskussion stellen.

DoE30 | Zeit sozialwissenschaftlicher Wahrheit? Legitimations-(Ver-)Handlungen in Bildung und Schule

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Andreas Klee (Universität Bremen, Institut für Politikwissenschaft), Dr. Julia Grün-Neuhof (Universität Bremen, Zentrum für Arbeit und Politik)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politikwissenschaft und Politische Bildung“

Chair: Prof. Dr. Andreas Klee (Universität Bremen), Dr. Julia Grün-Neuhof (Universität Bremen) Discussant: Dr. Werner Friedrichs (Universität Bamberg), Prof. Dr. Nadine Rose

(Universität Bremen) Abstract:

Politisches Handeln kann als ungerecht oder gerecht, richtig oder falsch, rechtmäßig oder unrechtmäßig anerkannt werden. Welche Relevanz, Rolle und Formen haben Wissenswahrheiten bei dem Zustandekommen legitimer Entscheidungen und in welchen (digitalen) sozialen Räumen entstehen sie? Die Fragen werden in dem Panel unter den Aspekten von Schule und Bildung diskutiert. Zum einen stellt Schule einen sozialen Raum dar, der dauerhaft in Wandlungsprozesse verwickelt und durch deren Implikationen in seinem institutionellen Selbstverständnis herausgefordert ist. Es ist ungeklärt, wie Prozesse der Vertrauenserosion von Schule als „Wissens- und Wahrheitsgarantin“ mit Herausforderungen der Demokratie zusammenspielen. Zum anderen produzieren und reproduzieren Bildungsakteure Wissenswahrheiten und tragen dazu bei, wie Wissen Geltung und Gültigkeit erlangt. Konkret, aber auch gesamtgesellschaftlich bedeutsam ist, was passiert, wenn die Legitimität des von

Lehrkräften präferierten Wissens nicht mehr unhinterfragt bleibt, die Frage nach Wahrheit der Wissensbestände sich pluralisiert und stärker als ‚Glaubensfrage‘ (Frage der Überzeugung/Meinung/Haltung/Einstellung) verhandelt wird.

Ziel des Panels ist es, gemeinsam den Forschungs- und Themenkomplex von Wissen/Wahrheit, Demokratie und Schule/Bildung reflektierend weiterzuentwickeln und konkrete Antworten auf Legitimitäts-(Ver-)Handlungen und deren strukturellen Kontexte zu finden. Das Panel soll Fragen nach dem Zustandekommen legitimer Entscheidungen sowohl mit Blick auf Wissenspraktiken im politischen Schulunterricht und innerhalb demokratischer Schulbildung sowie deren strukturellen Rahmungen in Form von Zugängen zu Wissen, Wissensregimen und Netzwerken nachgehen, die zentrale thematische Bedeutung für die politische Bildung und Schulgovernance haben. Dazu zählen empirische und theoretische Beiträge insbesondere aus politischer Bildungsforschung und Politikdidaktik, Demokratieforschung und politischer Soziologie. Eingereicht werden können quantitative und qualitative Zugänge ebenso wie konzeptionelle didaktische Beiträge.

Beiträge / Contributions:

Das Wissen der Praxis: Erkenntnisse aus einem praxeologischen Zugang zur Demokratielehre von Politiklehrern/innen in Politikunterricht und Schule

Dr. Stefanie Kessler (Institut für Pädagogik, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel)

Abstract:

Vermeintlich ‚wahres‘ Wissen zu Demokratie ist keinesfalls als objektives Wissen zu verstehen, sondern mit Bezug auf Mannheim (1980) als Ideologie, d.h. als seinsverbundenes Wissen, das durch die kollektiven Erfahrungen sozialer Gruppierungen geprägt wird. Seinem Ideologieverständnis nach sind im Denken und Handeln von Menschen eine bestimmte Perspektivität sowie damit einhergehende implizite Handlungsmuster angelegt. Auch wenn Schule den Anspruch erheben mag, objektiv wahres Wissen zu Demokratie in Politikunterricht und Schule (etwa durch bestimmte Vorgaben in Curricula) zu vermitteln, ist gemäß Mannheim davon auszugehen, dass Lehrende vielmehr ein implizites Verständnis von Demokratie (im Sinne einer seinsverbundenen Ideologie) als Teil ihrer Lehr- und Unterrichtspraxis transportieren. Dieses kann, muss aber nicht zwangsläufig, ein geteiltes Wissen unter den Lehrer*innen einer Schule darstellen solch eine praxeologische an Mannheim anschließende Perspektive auf die Demokratielehrpraxis von Lehrer*innen in Politikunterricht und Schule, wie ich sie in diesem Beitrag vertreten möchte, ermöglicht den Blick auf genau jenes implizite, atheoretische Wissen der sozialen Praxis zu richten. Die in meiner Doktorarbeit rekonstruierten unterschiedlichen modi operandi des Demokratielehrens sowie die der Demokratielehrpraxis zugrundeliegenden impliziten Verständnisse von Demokratie (Kessler 2020), die ich im Zuge des Beitrages vorstellen möchte, verdeutlichen, dass keinesfalls nur ein bestimmtes, geteiltes Demokratieverständnis in Politikunterricht und Schule gelehrt wird. Vielmehr geben die unterschiedlichen Typen einen Eindruck davon, wie unterschiedlich Demokratie in der Lehrpraxis vermittelt wird und welche impliziten Demokratieverständnisse durch die Lehrer*innen hier reproduziert werden. Dabei möchte ich aufzeigen, inwiefern hier durch die Lehrer*innen für ein bestimmtes Wissen Geltung beansprucht bzw. welche Spielräume der Aus-/Verhandlung den Schüler*innen eingeräumt werden.

Die Legitimation von Wahrheit in Unterrichtsmaterialien der Politischen**Bildung**

Prof. Inken Heldt (Technische Universität Kaiserslautern)

Abstract:

Populäre Krisendiagnosen über die Erodierung epistemischer Autoritäten, über die massenhafte Verbreitung von ‚fakenews‘ und ‚alternativen Fakten‘ sowie die These einer ‚postfaktischen Ära‘ werfen ein Schlaglicht auf die Wandlungsprozesse der gesellschaftlichen Wissensordnung, die selbst zunehmend zu einem politischen Feld wird.

Der geplante Beitrag beschäftigt sich mit der Analyse von Wissens- und Wahrheitsverständnissen in bildungspraktischen Materialien der Jahre 2019-2021. Der Kontext der Analyse ist das Phänomen von ‚Fake News‘. Eine empirisch konstruierte Typenbildung auf der Grundlage qualitativ strukturierender Inhaltsanalysen von politikdidaktisch motivierten Bildungsmedien gibt Aufschluss zu der Frage vorherrschender Problembeschreibungen und angenommener Implikationen für die Politische Bildungspraxis. Im Fokus steht die Rekonstruktion des Verständnisses von Wahrheit/ Richtigkeit/ Wahrhaftigkeit und ‚falschen Fakten‘ (Nullmeier 2019, 4 ff.) sowie des Konzepts von ‚Rationalität‘ und einer davon zu unterscheidenden ‚Irrationalität‘ in Bezug auf (subjektive) Wahrheitsansprüche.

Leitende Fragen:

- Welchen Instanzen wird die ‚Produktion‘ von Wahrheit und legitimen Wissen zugeschrieben, auf der Grundlage welcher (‚qualitätssichernden‘) Praktiken?
- Auf welches Realitäts- und Wahrheitsverständnis (Wahrheit als Abbild von Realität vs. Wahrheit als Konsens über die Wirklichkeit) wird rekurriert?
- Welche Rolle wird praktisch-politischen Diskursen und gesellschaftlichen Austauschprozessen für die Wahrheitsattribution zugeschrieben?
- Inwiefern wird soziale Bedingtheit von Wissen bzw. die Rolle (wissenschaftlichen) Nichtwissens thematisiert?
- Wie wird das Verhältnis von Wahrheit und öffentlicher Meinungsäußerung (als demokratisch notwendige, aber nicht wissenschaftlich oder anderwärtig als „wahr“ abgesicherte Position) bestimmt?
- Welche individuellen und gesellschaftlichen Bildungsziele und -Inhalte werden begründet?

Der Beitrag beruht auf der Annahme, dass Politische Bildung notwendig Reflexionsprozesse bedarf, die die (Re)Konstruktion, Befragung und Weiterentwicklung eigener Gewissheiten (Wahrheits- und Wissensverständnisse) und ihrer Ausprägungen betrifft.

Kleine Wahrheiten, Filterblasen oder fehlende Berührungspunkte? Zur Gefahr von selbstreferenziellen Aushandlungsprozessen in homogenen Lerngruppen

Dr. Luisa Girus (Universität Potsdam)

Abstract:

Politische Bildung orientiert sich an den Lernvoraussetzungen und bemüht sich um einen lebensweltorientierten Zugang zum Lernprozess. Mit der Lebenswelt werden auch die Lernvoraussetzungen immer heterogener. Doch auch in urbanen Zentren sind Schulen nicht immer Abbild des superdiversen Sozialraums der sie umgebenen Stadt und mit der Abnahme der Bevölkerungsdichte sowie der Zunahme einer ländlichen Prägung kann davon ausgegangen werden, dass die Heterogenität von Lerngruppen auf wenige Differenzierungsmerkmale sinkt.

Der Beitrag diskutiert das Verhältnis von politischen Bildungszielen und Adressat*innen verschiedener soziale Milieus und Lebensrealitäten. Vor einer normativen Zielorientierung, die an demokratisch gerahmter gesellschaftlicher Toleranz und Diskursfähigkeit orientiert ist, problematisiert der Beitrag, inwieweit gesellschaftliche Heterogenität in homogenen Lerngruppen als Element der Entfremdung

wirken kann. Besondere Beachtung wird dabei sozialen Aushandlungsprozessen geschenkt. Diese finden didaktisch inszeniert in der Regel im Rahmen von Urteilsbildungsprozessen statt. Gleich ob vorbereitend didaktische Methoden zur Integration differenzierter gesellschaftlicher Positionen wie Rollenspiele, ‚Denkhüte‘, Fallbeispiele angewandt werden, gestalten sich soziale Aushandlungsprozesse im Unterricht stets unter den Diversitätsbedingungen, die durch die Teilhabenden zum Ausdruck kommen. Je homogener (in jeweils relevanten Wert- und Weltvorstellungen) eine Lerngruppe ist, muss also davon ausgegangen werden, dass sich soziale Aushandlungsprozesse weniger kontrovers und stärker selbstreferenziell gestalten. Vor diesem Hintergrund wird im Beitrag der Frage nachgegangen, wie und ob soziale Aushandlungsprozesse im Unterricht unter der Prämisse einer Lebensweltorientierung auf die authentische Kontrastierung von Positionen angewiesen sind oder ob im Rahmen von konstruierten Dissonanzerfahrungen lerngruppenexterne Positionen genuin in soziale Aushandlungen integriert werden können.

Verschwörungsdanken, schnell und langsam

Sebastian Enghofer (Universität Regensburg)

Abstract:

Verschörungstheorien haben vor dem Hintergrund der COVID19-Pandemie stark an öffentlicher Wahrnehmung zugenommen. Insbesondere Verschwörungserzählungen wie QAnon zeigen dabei, nicht nur in den USA, eine weitreichende Wirkmächtigkeit, nicht zuletzt durch den dadurch befeuerten Sturm auf das Kapitol.

In diesem Beitrag soll eine Verbindung von demokratiethoretischen und psychologischen Perspektiven auf die Wahrnehmung und Wirkung von Verschwörungstheorien vorgenommen werden. Auf individueller Ebene soll gezeigt werden, dass aus der Psychologie bekannte „Dual-Process-Modelle“ mit der Unterscheidung von „schnellem“ und „langsamen“ Denken die individuelle Anfälligkeit für Verschwörungsdanken erklären können. Dabei zeigt sich, dass vor allem die Unfähigkeit oder der Unwille, rationale Denkstrukturen zu benutzen und sich selbstkritisch mit Grenzen und Verzerrungen der eigenen Wahrnehmung auseinander zu setzen, die individuelle Anfälligkeit für Verschwörungstheorien erhöhen.

Diese Erkenntnis wird dann mit der demokratiethoretischen Frage verbunden, wie das Verhältnis von Vernunft und Emotion nicht nur auf individueller Ebene, sondern auch aus demokratiethoretischer Perspektive bestimmt wird. Daraus wird die Hypothese abgeleitet, dass eine Überbewertung von Emotionen im Individuellen korreliert mit einer demokratiethoretischen Überbewertung von subjektiven, emotionalen Wahrnehmungen.

Emotion und Vernunft bei Verschwörungstheorien neue Ansätze zur erfolgreichen Stärkung liberaldemokratischer Strukturen versprechen.